
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP, Göttinger-LINKE und SPD Fraktionen, PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe, Francisco Welter-Schultes und Torsten Wucherpfennig im Rat der Stadt Göttingen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

CDU-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

FDP-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Göttinger-LINKE Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 14, 37083 Göttingen

SPD-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

PIRATENundPARTEI-Ratsgruppe, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Francisco Welter-Schultes / Piratenpartei / im Rat der Stadt Göttingen
Torsten Wucherpfennig /Antifaschistische LINKE/ im Rat der Stadt Göttingen

Zimmer 130

Tel.: 0551-400 2785

E-Mail grueneratsfraktion@goettingen.de

Zimmer 119

Tel.: 0551-400 2215

E-Mail cdu-fraktion@goettingen.de

Zimmer 196

Tel.: 0551-400 2499

E-Mail FDP-Fraktion@goettingen.de

Zimmer 930

Tel.: 0551-400 3403

E-Mail GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Zimmer 199

Tel.: 0551-400 2290

E-Mail spd-fraktion@goettingen.de

Zimmer 127

Tel.: 0551-400 3077

E-Mail PiratenundParteiRatsgruppe@goettingen.de

Göttingen, 9.11.2018

Dringlichkeitsantrag für den Rat am 16.11.2018

Förderung der Kultur durch das Land

Der Rat möge beschließen:

Der Rat der Stadt Göttingen bedauert die Absicht der Landesregierung, die im Koalitionsvertrag vereinbarten und als offensichtlich notwendig erkannten zusätzlichen Finanzmittel für die Theater und Orchester nicht im Haushaltsentwurf für 2019 eingeplant zu haben. Der Rat der Stadt Göttingen spricht sich gegen die faktische Kürzung der Soziokultur um 750.000 Euro und gegen das Ausbleiben der versprochenen 6 Mio. Euro Grundförderung für den kommenden Haushalt aus, der für viele kulturelle und soziokulturelle Einrichtungen existenzbedrohend ist.

Der Rat der Stadt Göttingen bittet daher die Abgeordneten des Landtags um vertiefte Überlegungen, ob im Hinblick auf die Fördernotwendigkeit für die kommunalen Theater, Orchester und sonstigen Kultureinrichtungen nicht doch noch von Seiten des Landes eine Verbesserung der Finanzierung dieser Institutionen im Rahmen des derzeit in der Diskussion befindlichen Haushalts 2019 ermöglicht werden kann.

Begründung

Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU ist nachzulesen, dass die Große Koalition es sich zur Aufgabe gemacht hat, die kommunalen Theater dadurch zu stärken, dass die Grundförderung der Staatstheater erhöht wird und die Tarifsteigerungen übernommen werden sollen. Das ist – nach der Neuausrichtung der Verträge in der vorhergehenden Legislaturperiode, nach der die Tarifsteigerungen durch die Theater erwirtschaftet werden müssen – ein lobenswerter Ansatz, der unbedingt umgesetzt werden sollte. Zwar ist im Koalitionsvertrag nicht ausdrücklich ein Jahr benannt, in dem die zusätzlichen Finanzmittel fließen sollen. Gleichwohl gebietet es die Situation der Theater, dass hier zügig gehandelt wird, zumal die in Rede stehenden 6 Millionen Euro bereits einen zwischen den Kommunen (darunter auch der Landkreis und die Stadt Göttingen) und Minister Thümler vereinbarten Kompromiss darstellen. Entsprechend hat sich Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler bereits gegenüber der Presse geäußert: „Die Nichtaufnahme der vereinbarten sechs Millionen Euro in den Haushaltsentwurf trifft das Deutsche Theater (DT) hart.“ <http://www.taz.de/!5539698/>

Weiterhin steht in der Koalitionsvereinbarung steht auf Seite 31 ein deutliches Bekenntnis zur stärkeren Förderung der Soziokultur: "[...] und die Soziokultur sind Garanten dafür, dass es kulturelle Vielfalt im Flächenland Niedersachsen gibt. Wir wollen sie stärker fördern.“ Dieses soll mit Leben gefüllt werden, statt mit dem Haushaltsbeschluss das stille Sterben der Soziokultur zu beschließen.